

Angebotsbedingungen

RAG Aktiengesellschaft

**Versorgung mit elektrischer Energie und Erbringung
energieversorgungsnaher Dienstleistungen**

**Los 1 – Stromversorgung der RAG-Abnahmestellen in
Mittel-, Hoch- und Höchstspannung und Direktvermarktung
der RAG-Erneuerbaren Energien-Anlagen**

1. Öffentlicher Auftraggeber und Kontaktstelle

Öffentlicher Auftraggeber ist RAG Aktiengesellschaft, Im Welterbe 10, 45141 Essen

Kontaktstelle für das Vergabeverfahren ist:

Herr Dr. Stefan Mager
Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
Opernplatz 1
45128 Essen.

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei über die Vergabeplattform Deutsches Vergabeportal (DTVP) zur Verfügung.

Die gesamte Kommunikation im Vergabeverfahren wird ausschließlich über die Vergabeplattform DTVP unter

<https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4D6VMS7B>

durchgeführt.

Über den Kommunikationskanal der Vergabeplattform DTVP können Fragen, Informationen und Hinweise an den Auftraggeber gerichtet werden. Auskünfte anderer Personen des Auftraggebers zu diesem oder über dieses Vergabeverfahren sind nicht verbindlicher Auftragsgegenstand.

2. Auftragsgegenstand

Die RAG ist aus energiewirtschaftlicher Sicht ein industrieller Stromverbraucher, der zukünftig (bis 2030) seine Strombeschaffung durch eigene PV- und Wind-Assets sowie Nutzung vorhandener Nachfrageflexibilität im Kerngeschäft CO₂-neutral decken möchte. Mit dieser Ausschreibung soll für den Zeitraum vom 1. Januar 2027 bis zum 31. Dezember 2029 bzw. 2030 mit Option zur Verlängerung bis zum 31. Dezember 2033 Strom vom Markt bezogen werden, Strom aus der Eigenerzeugung vermarktet werden sowie energieverorgungsnahe Leistungen erbracht werden.

Der Auftrag wird in zwei Losen vergeben:

- Das Los 1 umfasst die Stromversorgung der RAG-Abnahmestellen in Mittel-, Hoch- und Höchstspannung und die Direktvermarktung der Erneuerbaren Energien-Anlagen der RAG.
- Das Los 2 umfasst die Stromversorgung der Abnahmestellen des Unternehmens in Niederspannung (SLP).

Die RAG beabsichtigt, parallel zu diesem Vergabeverfahren einen Vertrag für die Erbringung des Portfolio- und Risiko-Management as a Service abzuschließen.

Die Einzelheiten des Auftrags können der Leistungsbeschreibung nebst Anlagen entnommen werden.

3. Geltendes Vergaberecht

Das vom Auftraggeber durchgeführte Verfahren ist ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb in Anlehnung an die SektVO. Die vergaberechtlichen Grundsätze der Transparenz des Verfahrens und der Gleichbehandlung aller Bewerber werden im gesamten Verfahren streng beachtet.

Der Auftraggeber ist Sektorenauftraggeber nach § 100 Abs. 1 Nr. 2 lit. a i.V.m. § 143 Abs. 1 S. 1 GWB und daher berechtigt, das Verfahren in Anlehnung an die SektVO durchzuführen. Die Verfahrenswahl folgt aus § 13 Abs. 1 S. 1 SektVO entsprechend.

Der Bieter hat einen Rechtsanspruch auf Anwendung dieser Bestimmungen. Zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen diese Vergabebestimmungen kann sich der Bieter an die in der Bekanntmachung genannte Vergabekammer wenden.

4. Angebotskosten

Für die Bearbeitung des Angebotes wird keine Vergütung gewährt. Angebotsunterlagen sind kostenfrei zuzusenden.

5. Fristen

Falls Sie bereit sind, ein Angebot abzugeben, werden Sie gebeten, die über die Vergabeplattform DTVP zur Verfügung gestellten Formulare auszufüllen und bis zum Ablauf der in der Aufforderung genannten Angebotsfrist über die Vergabeplattform DTVP hochzuladen. Die Übermittlung des Angebots mittels Telefax oder E-Mail ist nicht zulässig. Verspätet eingehende Angebote werden nicht berücksichtigt.

Ein Öffnungstermin unter Anwesenheit von Bietern oder deren Vertretern findet nicht statt.

Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Zuschlag auf das Erstangebot zu erteilen. Es ist daher ein verbindliches Erstangebot einzureichen. Die Bindefrist für das Erstangebot wird den Bietern mit der Aufforderung zur Abgabe des Erstangebots mitgeteilt. Bis zum Ablauf dieser Frist sind Bieter an das abgegebene Erstangebot gebunden.

6. Leistungszeitraum

Die ausgeschriebenen Leistungen sind im Zeitraum vom Vertragsschluss (Zuschlagserteilung) bis zum 31. Dezember 2030 zu erbringen. Die Stromlieferungen sind im Zeitraum vom 1. Januar 2027 bis zum 31. Dezember 2030 zu erbringen. Bereits vor Beginn der Stromlieferung sind umfangreiche Leistungen, u. a. zur Übernahme des RAG-Bilanzkreises und zum Transfer der RAG-Abnahmestellen erforderlich. Die Einzelheiten des Leistungszeitraums sind der Leistungsbeschreibung und dem Vertragsentwurf zu entnehmen.

Der Vertrag kann drei Mal um jeweils ein Jahr auf einen Lieferungszeitraum von insgesamt sieben Jahren verlängert werden. Der Leistungszeitraum erstreckt sich somit maximal auf einen Zeitraum von der Zuschlagserteilung bis zum 31. Dezember 2033.

7. Ablauf des Verfahrens

Nachdem die erste Stufe des Verfahrens, der Teilnahmewettbewerb, abgeschlossen ist, beginnt mit der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes und auf Grundlage der Vergabeunterlagen das Angebotsverfahren. Das Verfahren ist so konzipiert, dass es mit einem größeren Bieterkreis beginnt und die Zahl der Bieter im Laufe des Verfahrens verringert wird, sofern nicht bereits der Zuschlag auf eines der eingereichten Erstangebote erteilt wird, vgl. Ziff. 7.2.

7.1 Prüfung der ersten Angebote

Der Auftraggeber unterzieht die fristgerecht eingehenden Erstangebote einer Prüfung.

Hinsichtlich der Angebote, die nicht vollständig sind, behält sich der Auftraggeber eine Nachforderung fehlender Unterlagen und/oder Angaben vor. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Nachforderung leistungsbezogener Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote betreffen, **nicht** erfolgen darf. Das betrifft insbesondere Dokumente, die für die Wirtschaftlichkeitsbewertung anhand der Zuschlagskriterien herangezogen werden, insbesondere das Durchführungskonzept.

7.2 Wertung der ersten Angebote – Möglicher Zuschlag auf das Erstangebot für alle Lose

Angebote, die nach der formalen Prüfung für die Zuschlagserteilung in Betracht kommen, werden einer ersten Wertung anhand der bekannt gemachten Zuschlagskriterien (vgl. Ziff. 10) zugeführt.

Der Auftraggeber hat sich in der EU-weiten Bekanntmachung das Recht vorbehalten, den **Zuschlag** bereits **auf ein Erstangebot zu erteilen**. Sollte der Auftraggeber einen solchen Zuschlag auf das Erstangebot nicht erteilen, werden diejenigen Bieter, deren Angebote nach der zuvor beschriebenen ersten Wertung in die engere Wahl kommen, zu einem Bietergespräch eingeladen.

Der Auftraggeber wird voraussichtlich nur noch drei Bieter zu den Bietergesprächen einladen. Je nach Wertungsergebnis kann in die engere Wahl aber auch nur ein Bieter gelangen. Dies wäre der Fall, wenn sich ein Wertungsergebnis ergibt, das zeigt, dass nur ein Bieter unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten realistisch für den Zuschlag in Betracht kommt.

Diejenigen Bieter, die zunächst nicht in die engere Wahl kommen und nicht zu einem Bietergespräch eingeladen werden, werden nicht sogleich vom Verfahren ausgeschlossen, sondern „on hold“ gestellt. Diese Bieter bleiben an ihr Angebot gebunden und behalten die Chance zu einem verbesserten Angebot, falls sich ergibt, dass den zunächst in die engere Wahl gelangten Bieter der Zuschlag – gleich aus welchem Grund – nicht erteilt werden kann.

Bei der Auswahlentscheidung werden – wie im gesamten Verfahren – die Vergabekriterien und die sonstigen vergaberechtlichen Anforderungen streng beachtet.

7.3 Ggf. durchzuführende Bietergesprächsphase

Hinweis: Die Bietergesprächsphase und die ggf. darauffolgenden Wertungen findet nur statt, wenn kein Zuschlag auf das Erstangebot erteilt wird, vgl. Ziff. 7.2.

Die zum Bietergesprächen geladenen Bieter werden im Rahmen eines Termins die Gelegenheit haben, ihr Angebot zu verbalisieren und insbesondere die erarbeiteten Herausforderungen des Projekts sowie etwaige Vertragsaspekte vorzustellen (geplant: 30 Minuten Präsentation, 30 Minuten Rückfragen / Diskussion und 30 Minuten Vertragsgespräch). Die genaue Zeitplanung und Ablauf der Bietergespräche werden den Bieter in der Einladung zu den Bietergesprächen mitgeteilt. Es können aufeinanderfolgende Bietergespräche geführt werden. Ein Anspruch darauf besteht nicht.

Datum und Ort der Angebotspräsentationen werden in der Angebotsaufforderung mitgeteilt. Die Bieter werden vorsorglich gebeten, die Zeit vom KW 36 bzw. 37/2026 zu blockieren.

Der Auftraggeber erwartet, dass die/der vom Bieter vorgesehene Projektleitende sowie ihr/sein Stellvertreter an der Angebotspräsentation und Verhandlung teilnimmt, die Präsentation vorträgt und zur Klärung von Fragen zur Verfügung steht.

7.4 Zweite Wertung

Im Anschluss an den Präsentations- und Verhandlungstermin wird der Auftraggeber seine erste Wertung auf Basis der bekannt gegebenen Zuschlagskriterien vervollständigen. Entweder trifft der Auftraggeber auf dieser Basis seine Vergabeentscheidung und erstellt und versendet die Vorabinformationsschreiben an die nicht berücksichtigten Bieter oder der Auftraggeber fordert erneut zur Abgabe letztverbindlicher Angebote auf.

In diesem Fall werden die in die engere Wahl gelangten Bieter im Anschluss an die Verhandlungen zur Abgabe letztverbindlicher Angebote aufgefordert. Der Auftraggeber behält sich vor, nach den Bietergesprächen / nach dem Bietergespräch Änderungen an den Vergabeunterlagen vorzunehmen, falls im Verlauf des Verfahrens wirtschaftlichere Verfahrensweisen – sei es auf Vorschlag der Bieter oder durch selbst gewonnene Erkenntnis – erkennbar werden. In diesem Fall werden allen zum Bietergespräch eingeladenen Bietern die finalen Vergabeunterlagen zur Abgabe eines finalen Angebots zur Verfügung gestellt. Die Bieter, die „on hold“ gestellt werden, besitzen diesen Anspruch nicht, weil sie nicht in die engere Wahl gelangt sind.

Der Auftraggeber behält sich vor, nach Prüfung und Wertung der letztverbindlichen Angebote die Verhandlung – falls erforderlich – fortzuführen und ggf. zur letztmaligen Abgabe eines zuschlagsreifen Angebotes aufzufordern.

7.5 Vorabinformation und Zuschlagserteilung

Auf der Basis des Wertungsergebnisses erfolgen die Auswahl des besten Angebotes und die (interne) Zuschlagsentscheidung. Sodann erfolgen die Vorabinformation und der Zuschlag/Vertragsschluss.

8. Hinweise zur Angebotserstellung

8.1 Vertragsentwurf

Das erste abzugebende Angebot muss den beigefügten **Vertragsentwurf zwingend akzeptieren**. Denn der öffentliche Auftraggeber behält sich vor, den **Zuschlag bereits auf das Erstangebot** zu erteilen. Es wird insoweit auf die EU-weite Bekanntmachung verwiesen. Mit der Einreichung des Vertragsentwurfs erklärt der Bieter sein Einverständnis mit den Regelungen des Vertragsentwurfs.

Zulässig sind – neben dem zwingend erforderlichen Einverständnis mit der veröffentlichten Vertragsfassung – **zusätzliche Kommentierungen zum Vertragsentwurf** auf einer separaten Anlage.

Der öffentliche Auftraggeber fasst diese Kommentierungen als Verhandlungsvorschläge des Bieters auf. Der Auftraggeber behält sich vor, diese Kommentierungen / Verhandlungsvorschläge im Rahmen von etwaigen Verhandlungen aufzugreifen und ggf. einer nachfolgenden Angebotsaufforderung zugrunde zu legen.

Es besteht jedoch kein Anspruch auf Übernahme der Verhandlungsvorschläge. Der Auftraggeber wird vielmehr nach etwaigen Verhandlungen eigenständig abwägen, ob und welche Verhandlungsvorschläge er übernimmt und mit welchem letztverbindlichen Vertrag er die Bieter zur finalen Angebotsabgabe auffordern wird.

Es besteht kein Anspruch auf Verhandlungen. Im Zweifelsfall sind Rückfragen beim Auftraggeber zu stellen!

8.2 Form

Das Angebot muss vollständig sein; es muss die Preise und alle geforderten Angaben und Erklärungen enthalten. Auf die beigefügte Checkliste wird verwiesen.

Die Möglichkeit zu einer Nachforderung von Unterlagen im Sinne von § 51 SektVO bleibt unberührt. Der Auftraggeber behält sich vor, die in den Vergabeunterlagen geforderten Erklärungen und Nachweise, die nicht bis zum Ablauf der Angebotsfrist vorgelegt wurden, bis Ablauf einer zu bestimmenden Nachfrist unter Beachtung von § 51 SektVO nachzufordern. Werden die nachgeforderten Erklärungen und Nachweise nicht fristgerecht eingereicht, wird das Angebot vom Verfahren ausgeschlossen. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht.

Der Auftraggeber behält sich außerdem vor, vor der Zuschlagserteilung Nachweise der zuständigen Stellen zu verlangen, die bestätigen, dass die gemachten Erklärungen und Nachweise wahrheitsgemäß abgegeben/eingereicht worden sind. Wird die Frist zur Vorlage dieser Nachweise nicht eingehalten, wird der Zuschlag nicht erteilt und das Angebot ausgeschlossen.

Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein.

Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen, insbesondere der Leistungsbeschreibung und Vertragsbedingungen sind unzulässig. Das gilt insbesondere für eigene AGB des Auftragnehmers.

Die Angebotsabgabe erfolgt ausschließlich elektronisch. Nutzen Sie dazu bitte den in der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots zu diesem Verfahren benannten Link. Das Angebot ist elektronisch in Textform nach § 126b BGB abzugeben oder ggf. in Ausnahmefällen auf Anforderung der Vergabestelle zu signieren.

8.3 Sprache

Verfahrenssprache ist Deutsch. Die Kommunikation mit dem Auftraggeber ist in deutscher Sprache zu führen. Die Angebote sind in sämtlichen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen. Werden fremdsprachige Nachweise oder Antragsunterlagen eingereicht, sind beglaubigte Übersetzungen vorzulegen. Die Kosten hierfür trägt ausschließlich der Bieter. Fehler in der Übersetzung muss sich der Bieter zuschreiben lassen.

8.4 Formulare

Für die Angebotserstellung sind die von dem Auftraggeber zur Verfügung gestellten Formulare und Dokumente zu verwenden. Soweit Erläuterungen zur besseren Beurteilung des Angebots erforderlich erscheinen, können sie dem Angebot auf besonderer Anlage beigelegt werden.

9. Kalkulation des Angebotes

Der Bieter hat sein Angebot gemäß den Vorgaben des Preisblattes zu kalkulieren und entsprechend auszuweisen. Das Preisblatt ist vollständig auszufüllen. Auf § 51 Abs. 3 S. 2 SektVO wird hingewiesen. Es wird zudem auf Folgendes hingewiesen:

- Preise sind in Euro ohne Umsatzsteuer anzugeben.
- Maßgeblich für die Wirtschaftlichkeitsbewertung ist der Netto-Angebotspreis.
- Es wird auf die Hinweise im Preisblatt verwiesen.
- Alle Dienstleistungen/Nebenkosten, welche für die Vertragserfüllung nötig sind, und nicht gesondert abgefragt werden, sind bei der Kalkulation der geforderten Preise zu berücksichtigen.

10. Zuschlagskriterien

Der Zuschlag wird nach § 52 Abs. 1 SektVO auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Aus der Addition der Punktzahlen für die einzelnen Zuschlagskriterien ergibt sich die Gesamtpunktzahl des Angebots des jeweiligen Bieters. Die maximal erreichbare **Gesamtpunktzahl** beträgt **500 Wertungspunkte**.

Die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote erfolgt anhand der folgenden Zuschlagskriterien:

1. **Angebotspreis (80%)**
2. **Konzept zur Leistungserbringung (20%)**

Erläuterung:

Zu 1) Angebotspreis (80%)

Die Preisbewertung erfolgt anhand der untenstehenden Formel. Maßgeblich für die Wirtschaftlichkeitsbewertung ist der im Preisblatt angegebene Netto-Angebotspreis.

Das Angebot mit dem niedrigsten, geprüften Netto-Angebotspreis erhält die maximale Punktzahl von 400 Wertungspunkten. Alle höheren, geprüften Netto-Angebotspreise

werden mit dem niedrigsten, geprüften Netto-Angebotspreis ins Verhältnis gesetzt. Dies erfolgt mittels folgender Formel:

$$P = 400 - \left(\left(\left(\frac{A}{N} \right) - 1 \right) \times 400 \right)$$

Dabei ist:

P die zu ermittelnde Punktzahl pro Bieter

N der niedrigste Netto-Angebotspreis

A der zu wertende Netto-Angebotspreis

Hinweis: Überschreitet der zu wertende Netto-Angebotspreis den niedrigsten angebotenen Netto-Angebotspreis um das Doppelte oder mehr, so werden 0 Punkte vergeben.

Zu 2) Konzept zur Leistungserbringung (20%)

Der Auftraggeber legt großen Wert auf eine wirtschaftliche und störungsfreie Leistungserbringung, die von den Bietern in einem schlüssigen und plausiblen Konzept zur Leistungserbringung zum Ausdruck gebracht werden soll.

Im Konzept sind insbesondere folgende Aspekte darzustellen und zu erläutern. Das Konzept muss in der nachstehenden Reihenfolge gegliedert sein:

- Ausführliche Angaben zur Herangehensweise, Arbeitsschritten und Methodik mit Blick auf die aus fachlicher Expertise des Bieters erforderlichen Bearbeitungsschritte;
- Ausführliche Darstellung der Bilanzkreisführung und der Fahrplan- und Prognoseprozesse, insbesondere ausführliche Angaben zur Herangehensweise, Arbeitsschritten und Methodik zur Gewährleistung eines zu jedem Zeitpunkt ausgeglichenen Bilanzkreises;
- Ausführliche Angaben zu Optimierungsansätzen zur Reduktion der Ausgleichsenergiekosten und zu den Fallback- und Notfallprozessen;
- Ausführliche Darstellung der Herangehensweise zur Integration von Drittmenden in den Bilanzkreis, insbesondere der Einspeisungen der RAG-Erneuerbaren Energien-Anlagen;
- Ausführliche Darstellung der Herangehensweise zum Umgang mit der steigenden Eigenerzeugung und der sinkenden Strombeschaffung während der Vertragslaufzeit;

- Ausführliche Darstellung der Kommunikationswege, -schnittstellen und -methoden zwischen der der RAG, dem künftigen P&R-Managements und dem Bieter (insb. zu Los 2 und dem Risiko- und Portfoliomanagement).

10.1 Formale Anforderung an das Konzept zur Leistungserbringung

Das Konzept zur Leistungserbringung darf einen Umfang von **15 DIN A4-Seiten** (einseitig beschrieben) nicht überschreiten, Schriftgröße 11 pt, Arial, einfacher Zeilenabstand. Bei einer Überschreitung der Seitenzahlvorgabe werden nur die ersten 15 Seiten zur Bewertung herangezogen.

10.2 Maßgaben für die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angaben im Konzept zur Leistungserbringung

Das Konzept zur Leistungserbringung wird der Auftraggeber anhand der unten weiter dargestellten Skala bewerten. Es sind maximal **100 Punkte** zu erreichen.

- Bei der konzeptionellen Bewertung der Ausführungen kommt es dem öffentlichen Auftraggeber besonders darauf an, zu erkennen, dass der Bieter in der Lage ist, wesentliche Herausforderungen des Projekts zu antizipieren und diese möglichen Lösungsansätzen zuzuführen.
- Es wird darauf hingewiesen, dass folgende Aspekte für den Auftraggeber von hervorgehobener Bedeutung sind:
 - Ausführliche Angaben zur Herangehensweise, Arbeitsschritten und Methodik mit Blick auf die aus fachlicher Expertise des Bieters erforderlichen Bearbeitungsschritte;
 - Ausführliche Darstellung der Bilanzkreisführung und der Fahrplan- und Prognoseprozesse, insbesondere ausführliche Angaben zur Herangehensweise, Arbeitsschritten und Methodik zur Gewährleistung eines zu jedem Zeitpunkt ausgeglichenen Bilanzkreises;
 - Ausführliche Angaben zu Optimierungsansätzen zur Reduktion der Ausgleichsenergiekosten und zu den Fallback- und Notfallprozessen;
 - Ausführliche Darstellung der Herangehensweise zur Integration von Drittmenden in den Bilanzkreis, insbesondere der Einspeisungen der RAG-Erneuerbaren Energien-Anlagen;
 - Ausführliche Darstellung der Herangehensweise zum Umgang mit der steigenden Eigenerzeugung und der sinkenden Strombeschaffung während der Vertragslaufzeit;

- Ausführliche Darstellung der Kommunikationswege, -schnittstellen und -methoden zwischen der der RAG, dem künftigen P&R-Managements und dem Bieter (insb. zu Los 2 und dem Risiko- und Portfoliomanagement).
- Das geforderte Konzept zur Leistungserbringung wird anhand der **Wertungsmaßstäbe Schlüssigkeit und Plausibilität** bewertet.
- Auf Grundlage dieser Wertungsmaßstäbe in Bezug auf die zuvor vorgegebenen Aspekte erfolgt die Bewertung des konzeptionellen Zuschlagskriteriums in folgender Abstufung:

Punktzahl	Beschreibung
100 Punkte (sehr gut)	Die Darstellung entspricht auf Grundlage der Wertungsmaßstäbe in Bezug auf die vorgegebenen Aspekte einer sehr guten konzeptionellen Ausgestaltung. Sämtliche vorgegebenen Aspekte werden umfassend, nachvollziehbar und überzeugend dargestellt.
80 Punkte (gut)	Die Darstellung entspricht auf Grundlage der Wertungsmaßstäbe in Bezug auf die vorgegebenen Aspekte einer guten konzeptionellen Ausgestaltung. Die vorgegebenen Aspekte werden weit überwiegend umfassend, nachvollziehbar und überzeugend dargestellt..
60 Punkte (befriedigend)	Die Darstellung entspricht auf Grundlage der Wertungsmaßstäbe in Bezug auf die vorgegebenen Aspekte einer befriedigenden konzeptionellen Ausgestaltung. Die vorgegebenen Aspekte werden überwiegend umfassend, nachvollziehbar und überzeugend dargestellt.
40 Punkte (ausreichend)	Die Darstellung entspricht auf Grundlage der Wertungsmaßstäbe in Bezug auf die vorgegebenen Aspekte einer ausreichenden konzeptionellen Ausgestaltung. Die vorgegebenen Aspekte werden aufgegriffen, in Teilen nachvollziehbar und noch in Teilen überzeugend dargestellt..
20 Punkte (mangelhaft) Ausschluss	Die Darstellung entspricht auf Grundlage der Wertungsmaßstäbe in Bezug auf die vorgegebenen Aspekte einer mangelhaften konzeptionellen Ausgestaltung. Die vorgegebenen Aspekte werden nicht vollständig aufgegriffen, die Ausführungen sind wenig nachvollziehbar und kaum überzeugend dargestellt.
0 Punkte (ungenügend) Ausschluss	Die Darstellung entspricht auf Grundlage der Wertungsmaßstäbe in Bezug auf die vorgegebenen Aspekte einer ungenügenden konzeptionellen Ausgestaltung. Die vorgegebenen Aspekte werden nicht vollständig aufgegriffen, die

Punktzahl	Beschreibung
	Ausführungen sind nicht nachvollziehbar und nicht überzeugend dargestellt.

Die Bewertung des Konzeptes zur Leistungserbringung anhand der Skala mit nur **20 Punkten** oder schlechter führt zwingend **zum Ausschluss**.

Bitte beachten: Es wird darauf hingewiesen, dass es sich bei dem einzureichenden Konzeptes zur Leistungserbringung um eine leistungsbezogene Unterlage handelt, die nicht nachgefordert werden darf. Achten Sie daher auf unbedingte Vollständigkeit!

11. Unterauftragnehmer

Beabsichtigen Bieter, Teile des Auftrags durch Unterauftragnehmer erbringen zu lassen, haben sie die hiervon betroffenen Auftrags-/Leistungsanteile auf dem beigefügten **Formular Verzeichnis der Unterauftragnehmer und Eignungsverleiher (Formular XVI)** anzugeben und den/die Unterauftragnehmer zu benennen. Dies ist nur erforderlich, sofern der Unterauftragnehmer nicht bereits während des Teilnahmewettbewerbs benannt worden ist.

Der öffentliche Auftraggeber wird diejenigen Bieter, die für eine Zuschlagserteilung in Betracht kommen zu Einreichung einer Verpflichtungserklärung des Unterauftragnehmers innerhalb kurzer Frist auffordern.

Für bislang nicht im Teilhmeantrag benannte Unterauftragnehmer behält sich der Auftraggeber vor, im Verlauf des Vergabeverfahrens zum Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen der/des Unterauftragnehmer/s die unter dem Abschnitt „Eignung zur Berufsausübung“ der EU-weiten Bekanntmachung aufgeführten Unterlagen allesamt, mit Ausnahme der Formulare I und IV, anzufordern.

12. Wettbewerbsbeschränkende Absprachen

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

Angebote von Bieter, die sich im Zusammenhang mit diesem Vertragsverfahren an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache beteiligen, werden ausgeschlossen.

13. Fragen und Hinweise zum Verfahren

Technische, kaufmännische und rechtliche Fragen und Hinweise betreffend die Ausschreibung sind von Rügen deutlich zu trennen und in deutscher Sprache ausschließlich

an die benannte Kontaktstelle über den zuvor benannten Link zu richten. Auskünfte anderer Stellen sind nicht verbindlich. Sämtliche Fragen sind, ausschließlich über die Vergabeplattform, **möglichst**

bis zum 22. Juni 2026, 12:00 Uhr

an den Auftraggeber zu richten.

Fragen und Hinweise können jederzeit über die Vergabeplattform eingehen. Der Auftraggeber wird diese jeweils zeitnah beantworten. Die Fragen und Hinweise werden zusammen mit den gewünschten zusätzlichen Auskünften allen interessierten Unternehmen, die die Vergabeunterlagen angefordert haben, in anonymisierter Form über die Vergabeplattform DTVP (Deutsches Vergabeportal) zur Verfügung gestellt.

Die interessierten Unternehmen werden daher gebeten, ihre Fragen so zu formulieren, dass ihre Identität nicht preisgegeben wird. Die Auftraggeberin wird Fragen ggf. umformulieren, soweit dies zur Wahrung der Anonymität des Fragestellers erforderlich ist.

14. Vollständigkeit der Unterlagen

Die interessierten Unternehmen haben sich zu vergewissern, dass die Vergabeunterlagen (einschließlich aller Anlagen) vollständig sind. Geht das interessierte Unternehmen davon aus, dass die Unterlagen unvollständig sind, hat es die eingangs benannte Kontaktstelle der Auftraggeberin unverzüglich darauf hinzuweisen.

15. Unklarheiten und Widersprüche in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen, insbesondere die Leistungsbeschreibung, die Angebotsbedingungen oder sonstige seitens der Vergabestelle herausgereichte Dokumente nach Auffassung eines interessierten Unternehmens oder Bieters Unklarheiten, die die Preisermittlung und Kalkulation beeinflussen können, so hat der Bieter die eingangs benannte Kontaktstelle der Auftraggeberin unverzüglich darauf hinzuweisen. Gemäß § 160 Abs. 3 GWB können Einwendungen gegen die Vergabeunterlagen spätestens nach Ablauf der Angebotsfrist nicht mehr geltend gemacht werden.

Ebenso hat ein interessiertes Unternehmen oder Bieter die eingangs benannte Kontaktstelle der Auftraggeberin auf eventuelle Widersprüche in den Vergabeunterlagen, insbesondere den Bewerbungsbedingungen und sonstigen Dokumenten, unverzüglich aufmerksam zu machen. Diese Hinweispflicht gilt ausdrücklich auch für mögliche Unklarheiten oder Widersprüche in der Leistungsbeschreibung.

16. Urheberrechte

Sämtliche Urheberrechte an allen im Rahmen der Leistungserbringung eingebrachten Konzepten, Materialien etc. sind – soweit rechtlich zulässig – mit der Vergütung abgegolten. Eine gesonderte Vergütung ist ausgeschlossen.

17. Vertraulichkeit / Datenschutz

Der Bieter verpflichtet sich, alle im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren gewonnenen Erkenntnisse vertraulich zu behandeln. Soweit dem Bieter im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren oder darüber hinaus in Ausführung des Auftrages personenbezogene Daten bekannt werden, verpflichtet er sich, die Bestimmung der Datenschutzgesetze einzuhalten und sich der Kontrolle des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen zu unterwerfen.

Die von den Bietern erbetenen, personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert (Art. 13 und 14 DSGVO). Die Angaben sind Voraussetzung für die Berücksichtigung des Angebotes der Bieter. Die Auftraggeberin teilt die Daten Dritten mit, soweit er hierzu verpflichtet ist. Insbesondere meldet sie dem Wettbewerbsregister solche Bieter, die wegen schwerer Verfehlungen von der Teilnahme am Vergabeverfahren zeitlich befristet ausgeschlossen wurden oder bei denen wegen geringfügiger Verfehlungen auf einen Ausschluss verzichtet wurde. Die Vergabestelle fragt bei dem Wettbewerbsregister an, ob hinsichtlich des Bieters, der den Zuschlag erhalten soll, Eintragungen vorliegen.

18. Nutzungsrechte

Entwürfe und Ausarbeitungen, gehen ohne Anspruch auf Vergütung in das Eigentum der Auftraggeberin über, soweit in der Angebotsanfrage nichts Gegenteiliges festgelegt ist. Sie dürfen ganz oder teilweise nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers veröffentlicht oder Dritten zugänglich gemacht werden.

Beabsichtigt der Bieter, Angaben aus seinem Angebot für die Anmeldung eines gewerblichen Schutzrechtes zu verwerten, hat er in seinem Angebot darauf hinzuweisen.

19. Allgemeine Geschäftsbedingungen

Allgemeine Geschäftsbedingungen (insbesondere Liefer-, Auftrags- und/oder Zahlungsbedingungen) des Bieters / Auftragnehmers finden keine Anwendung.

20. Zuständige Vergabekammer

Für Nachprüfungsverfahren gegen das vorliegende Vergabeverfahren zuständig ist die

Vergabekammer Westfalen
c/o Bezirksregierung Münster
Albrecht-Thaer-Straße 9
48147 Münster
Tel.: +49 251-411 1604
Fax.: +49 251-411 2165
